

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Abonnementspreis beträgt bei jeder Zahlung ins Haus für sechs Monate 12.00 M., im voraus zahlbar, von der Spedition ist abgezogen 2.50 M. für Postporto nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Umständen bezogen für Deutschland und Österreich 16.50 M., für das übrige Ausland 21.50 M. jährlich. Postamtliche Zustellung per Bahn für Deutschland und Österreich 10.00 M. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Hans Nothen 833-36 und 9768.

Die achtzehnjährige Ungarische oder deren Mann kostet 2.- M., einschließlich Leihungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgesetzte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich Leihungszuschlag. Kleine Anzeigen laut Carl. Familien-Anzeigen und Stellenangebote 2.00 M., jedes weitere Wort 1.- M. Inveraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Hans Nothen 833-36, Buchhandlung Centrum 2645 „Freiheit“-Buchdruckerei Centrum 2030.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die neue Regierung.

Der Boykott gegen Horthy-Ungarn.

Herrschaft des Bürgertums.

Noch ist die Regierung noch nicht gebildet, aber nachdem ihre parteipolitische Zusammensetzung feststeht, ist sie dem Brennpunkt der Kritik ausgesetzt. Jubel oder freudige Zustimmung findet sie nirgends. Die drei bürgerlichen Parteien, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Demokraten, die sich nun endlich zusammengefunden haben, nachdem sie der Mittwelt ein neckisches Spiel um die Verantwortung geliefert haben, bemühen sich nun trompschaft, zu beweisen, daß sie nichts von ihren Grundfäden aufgeben, sondern nur der Not der Stunde, dem Wiederaufbau, sich opfern. Bei diesen Rechtfertigungen laufen nun interessante Widersprüche unter, die unschwer aus den offiziellen Erklärungen der Parteien zu entnehmen sind.

Die Deutsche Volkspartei betont ausdrücklich, daß ihr der Beitritt zu dieser Regierungsbildung nur möglich war, weil ihr eine Preisgabe ihrer Grundfäden nicht zugunsten wurde. Die Partei hält ebenso wie die Fraktion an ihrer hauptsächlichsten Stellung zur Frage der Staatsform fest, ist aber der Auffassung, daß gegenüber den Anforderungen des Wiederaufbaues der Kampf um die Staatsform zurücktreten muß. Dieses verklärte Bekenntnis zur Monarchie wird etwas konkreter von Rippler, dem neugewählten Reichstagsabgeordneten der Sinnespartei, in der „Täglichen Rundschau“ formuliert. Herr Rippler schreibt: Die heute in einigen Kreisen verbreitete Einigungserklärung, wonach der Wiederaufbau auf dem Boden der republikanischen Staatsform zu vollziehen sei, ist eine tendenziöse Korrektur, die durch die Antrittsrede des Reichstagspräsidenten widerlegt werden wird. Man wird dann auch sehen, daß sich an der grundsätzlichen Stellungnahme der Partei nichts geändert hat und daß die Partei keinerlei Grund hatte, irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Sie tritt völlig unbelastet in das neue Kabinett.

Ob Herr Fehrenbach den Wink versteht? Herr Rippler bittet in seinem Artikel weiter die Deutschnationalen um gut Welter und erinnert sie an ihr Programm, das sie versprochen, eine Regierung, die ehrlich den Wiederaufbau wolle, zu unterstützen.

Während wir also bei der Deutschen Volkspartei das gefällige Bemühen sehen, die Frage der Staatsform, die natürlich mit dem wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau Deutschlands aufs engste verknüpft ist, auszuschießen, um sich beide Hände freizuhalten, betonen demgegenüber die Demokraten, daß sie als Barant des demokratischen-republikanischen Gedankens in das Kabinett eintreten. Es wird sich also Gesandtheit bieten, die Treue der bürgerlichen Parteien zur demokratischen Republik auf die Probe zu stellen. Wir brauchen unsere Erwartungen in diesem Punkte auf das niedrigste Maß.

In einer Frage finden sich alle mit gleichem Eifer, im Kampfe gegen die Arbeitererschaft. Das bei der Deutschen Volkspartei selbstverständlich ist, die die Profitinteressen der Großindustrie vertritt, gilt nicht minder selbstverständlich für die Demokraten, die in wirtschaftlichen Dingen ebenso reaktionär sind, wie ihre Nachbarn von rechts. Das „Berliner Tageblatt“ skizziert kurz die Aufgaben der neuen Regierung und die speziellen der einzelnen Ministerien. Das Blatt kommt beim Arbeitsministerium zu folgender Forderung:

Das Arbeitsministerium wird die von den Demokraten nach dem Betriebsrätegesetz verlangte und von der Reichsregierung abgelehnte, um an die Stelle der Streiknarzie im Wirtschaftsleben wenigstens den obligatorischen Verhandlungsversuch zu setzen, ehe man zum letzten Mittel der Arbeitsniederlegung oder Aussperrung greift.

Es ist gut, daß die Arbeitererschaft weiß, was sie zu erwarten hat. Die geplante Schlichtungsordnung, die in ihrem Entwurf bereits bekannt und von uns kritisch beleuchtet worden ist, ist eine Verhöhnung der Arbeiterrechte, eine völlige Unterbindung des Koalitionsrechts. Wegen diesen Geschehnissen wird die Arbeiter- und Angestelltenchaft den härtesten Kampf führen. Wir erkennen aber auch an diesem Beispiel wieder mit aller Deutlichkeit, bis zu welcher Preisgabe der Arbeiterinteressen die rechtssozialistische Koalitionspolitik geführt hat.

welcher Grundsätzlichkeit wird die rechtssozialistische Fraktion im neuen Reichstage den Kampf gegen die Schlichtungsordnung führen, die Herr Schlie selbst präsentiert und die von den rechtssozialistischen Regierungsmitgliedern als geeignetes Objekt für politische Schiebungen innerhalb des Kabinetts erachtet wurde?

Zimmerhin scheint Deutschland nun endlich eine Regierung zu bekommen. Wenn man hochhaft sein wollte, müßte man behaupten, daß dem deutschen Bürgertum die obrigkeitliche Bestellung der Regierung unendlich besser bekommen ist, als die Regierungsbildung aus eigener Kraft. Das deutsche Bürgertum weiß noch nichts von der parlamentarischen Form der Regierungsbildung anzufangen und so haben wir das erhabende Schauspiel der letzten Wochen erlebt.

Kein Rücktritt der Regierung in Sachsen.

Nach langer Überlegung hat die aus sechs Rechtssozialisten und zwei Demokraten bestehende sächsische Regierung sich entschlossen, die Regierungsgeschäfte bis auf weiteres fortzuführen, also im Amte zu bleiben. Die Reichstagswahl hat auch in Sachsen eine bedeutende Verschiebung des Verhältnisses der Parteien zu einander gebracht. Zwischen den zwei sozialistischen Gruppen hat sich das Verhältnis geradezu umgekehrt, die U. S. P. ist die stärkste Partei im Lande geworden. Da aber für Sachsen Neuwahlen noch nicht vorgenommen wurden, drückt sich die Veränderung der Parteiverhältnisse im Parlament, der sächsischen Volkskammer, noch nicht aus.

Die Dinge würden sofort ganz klar geworden sein und sich sehr vereinfacht haben, wenn man am 6. Juni zugleich die Neuwahlen für das sächsische Parlament mit vorgenommen hätte wie die Fraktion der U. S. P. es beantragt hatte. Jetzt erfordert Neuwahlen immerhin Wochen der Vorbereitung. Auch das dazu nötige Budget noch. Der Etat war überhaupt bis Anfang dieser Woche noch nicht in Angriff genommen. Die neue Verfassung ist noch in den ersten Anfängen der Beratung. So kam die bisherige Regierung in ein arge Dilemma. Seit dem 6. Juni bis zum vorherigen Montag, also über zwei Wochen, brauchte sie, um endlich zu einer Entscheidung zu kommen. Sie hat sich offenbar Informationen und Ratshilfe von Berlin geholt, den wo sie immer dann stets abhängig war wenn es an eigener Initiative mangelte. Was dieser Fall war, ist zu vergleichen.

Nun schlug die Regierung vor, schnell noch Stat, Wahlgesetz und Verfassung zu erledigen und bis dahin, Schluß der Kammer und Neuwahlen, die Geschäfte weiter zu führen. Dazu brauchte sie ein „Vertrauensvotum“, das ihr von allen Fraktionen mit Ausnahme der Unabhängigen, auch prompt ausgestellt wurde.

Es wird also zur Zeit in Sachsen mit einer Parlamentsmehrheit und einer Regierung weitergemacht, die nicht mehr den wiesischen Staatsverhältnissen der Parteien entspricht. Inzwischen aber werden die Landtagswahlen geräuselt, besonders von der U. S. P.

Der Zusammentritt des Reichstags.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ teilt mit: Der neue Reichstag, dessen Zusammentritt auf Donnerstag, den 24. d. M., festgesetzt ist, wird nur in einer kurzen Sitzung die notwendigen vorbereitenden Arbeiten der Geschäftsordnung erledigen, den Alterspräsidenten feststellen und die Präsidentenwahl vornehmen. Spätestens am Freitag, vielleicht auch schon am Donnerstag selbst, wird sich der Reichstag dann wieder vertagen, um erst am Dienstag in der nächsten Woche seine eigentliche Arbeit aufzunehmen. An diesem Tage, an dem das Haus in seine großen Beratungen eintreten soll, wird sich auch das neue Kabinett vorstellen und das Vertrauen des Reichstags erbitten.

Das Programm der Boulogner Konferenz.

H. N. Paris, 22. Juni.

Die Boulogner Konferenz hat gestern vormittag um 11 1/2 Uhr begonnen. Die englische, die italienische, die japanische, die belgische und die französische Regierung waren vertreten. Das Programm umfaßt folgende Punkte:

1. Finanzfragen, deutsche Entschuldigungsverpflichtung,
2. militärische Fragen, Deutschlands Entwaffnung,
3. Orientfragen,
4. Rußland.

Die Berliner ungarische Vertretung hat am Montag eine lange Erklärung veröffentlicht, die sich gegen den Boykott des Landes des weisen Schreckens wendet und behauptet, daß Ungarn ein Staat des Rechts und der Ordnung sei. Wir haben unzählige Male nachgewiesen, daß in Wahrheit Ungarn für die Arbeiterklasse ein Land der Hölle ist. Die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ bringt nun einen Artikel darüber, den wir mit einigen unwesentlichen Kürzungen wiedergeben.

An Stelle der ungarischen Arbeiterklasse, die in Ketten geschlossen, aus tausend Wunden blutend, entwirrt und wehrlos darniederliegt und heute höchstens die Kraft aufbringt, einen Geldlohn zu erwarten, nicht aber die, dies auch offen zu bekennen, tritt nun, der ungarischen Arbeiter Sache führend, das internationale Proletariat auf den Plan. Es führt eine Waffe, die schwere Wunden schlägt, und zwar nicht nur dem Feinde, sondern auch sich selbst, auch den Arbeitsbrüdern, die sie befreien will, deren Los aber, wie die Dinge nun liegen, eben nur durch den Gebrauch dieser zweischneidigen Waffe erleichtert werden kann. Seit Monaten ist die ganze gestützte Welt voll Entsetzen ob des langjamern, aber planvollen Einmordens einer ganzen Klasse, deren einziges Verbrechen der ungestüme und durch Erfahrungen und Schulung nicht gelähmte Drang nach der Verwirklichung des sozialistischen Ideals war, deren Fehler darin bestand, daß sie der Grenzen der eigenen Kraft und der Größe des Widerstandes einer ganzen feindlichen Welt nicht inne ward. Ungarn ist zu einem großen Kerker, zu einer Folterkammer, zu einer Richtstätte seines Proletariats geworden, und von den Verzweiflungsrufen, die aus diesem Lande des Unglücks kommen, widerhallt nun die ganze Welt. Aber diejenigen, die heute noch die Welt beherrschen, die im Grunde genommen die Helfer der ungarischen Arbeiterklasse als die rechtmäßige Regierung Ungarns eingesetzt haben, die also die eigentlich Verantwortlichen dieses Massenmordes sind, haben für die aus Ungarn in die Welt geschickten Rettungssignale kein Auge und kein Herz. Die kapitalistischen Regierungen der Westmächte sehen in den Leuten Horthys nicht die gemeinen Mörder, nicht die Vollstrecker des weisen Schreckens — des geächteten und des illegalen —, nicht die Schänder der Menschheitswürde, sondern eine durch ihre Robeit und Unbändigkeit, unbeeugte, jedoch wertvolle Stütze ihrer arbeitserneuerlichen, konterrevolutionären Weltpolitik — und aus diesem Grunde lassen sie sie gewähren, machen sie ihnen zu ihrem blutigen Schmutzigen Handwerk die Mauer. Zu den Parlamenten antizipatorisch des Einbrechens ihrer Regierungen gegen die ungarischen Greuel. Die gewerkschaftliche Internationale lenkt in dringenden Eingaben die Aufmerksamkeit des Obersten Rates und des Völkerbundes auf die planmäßige betriebene moralische und physische Austrottung der ungarischen Arbeiterbewegung und behelst von diesen Gebieten über Völkerrecht eine Abklärung der für die ganze Welt unerträglich gewordenen Unheils. Aber keine Hand regte sich, um den blutigen Gesellen das blutige Handwerk zu legen, kein kapitalistisches Gewissen konnte geweckt werden — und so reiste der Eulenschuh heran, den Versuch zu machen, durch die proletarische Tat die Helfer und Kerkermeister der ungarischen Arbeitsbrüder von ihrem entsetzlichen Vorhaben abzubringen und sie, die sich durch ihre Handlungen und Bestimmungen aus der Reihe der gestützten Nationen ausgeschlossen haben, nun auch aus der wiedererstehenden Gemeinschaft der Weltwirtschaft auszuschließen.

Es gehört mit zu den bürgerlichen gewiß sehr annehmlichen Eigenmächtigkeiten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, daß in ihr die den Herrschenden zugeordneten Schläge sehr oft und sehr empfindlich diejenigen mitreffen, deren Schicksal zu lindern der Zweck des Schlozes ist. Ungarns herrschende Klasse und alle diejenigen, die sich durch die Weltsolidarität der Unterdrückten in ihren Dienst gestellt haben, werden gewiß alles aufbieten, um die Folgen der Abspernung des Landes auf die abzuwälzen, zu deren Gunsten die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu der einzig übriggebliebenen Waffe des wirtschaftlichen Boykotts ge-griffen haben. Es soll gar nicht in Abrede gestellt werden, daß je wirksamer sich der Boykott gestalten wird, um so schwerer sein Druck von dem ganzen Lande, also auch vom Proletariat, empfunden wird. Aber eine gründliche und gewissenhafte Prüfung führte diejenigen proletarischen Vertrauensleute, die die Anwendung dieser Waffe der internationalen Arbeiterklasse vorgeschlagen haben, zu der Ein-

... daß der Nachwuchs an Leiden, der durch den Vorkrieg ...

Sorby-Ungarn ist eine Bedrohung der ganzen proletarischen Welt, wie Sowjetrußland eine ständige Bedrohung der kapitalistischen ist.

In diesem Aufstand des ganzen Weltproletariats gegen die Genser und Weiniger der ungarischen Arbeiterklasse, in dieser durch die proletarische Tat bewährte Verteidigung des Rechtes auf Revolution, dessen Ausübung das unsagbare Schicksal über die ungarischen Arbeiter heraufbeschwor, in dieser Opferbereitschaft, die für sozialistische und menschliche Ideale vor eigenen Leiden nicht zurückschreckt...

Genosse Stiller, der in Düsseldorf-West als Abgeordneter zum Reichstag gewählt worden ist, hat deshalb sein Mandat zur preussischen Landesversammlung niedergelegt.

Die Anwesenheit gestiftet hat jetzt der Verfasser der gegen uns im Vorwärts gerichteten Angriffe. Es ist das Mitglied des Reichstages der Landvolkerei Karl Freilich, dessen Verhalten von einem erheblichen Teil seiner Kollegen durchaus mißbilligt wird.

Alte und neue Kunst.

Zur Großen Berliner Kunstausstellung.

Im vorigen Jahre bestand in der Kunstausstellung am Lehrter Bahnhof eine Koalition aus vier Parteien. In diesem Jahre stehen sich ganz rechts und ganz links unermittelt gegenüber. Die Mittelparteien (Berliner und Freie Sezession) machen nicht mit, da sie bei der Koalition nicht auf ihre Kosten gekommen sind.

Der Verein Berliner Künstler hütet die Tradition. Alle seine Bilder sind eigentlich nur ewige Varianten des Rubens- und Rembrandtbildes. Jemand ein neuer künstlerischer Gedanke ist in keinem. Natürlich kommt es in der Kunst nicht auf das Neue im Sinne einer Sensation an. Kunst ist keine Modeangelegenheit.

Die Tradition verdirbt ein gewisses Können. Solches den Künstlern der Rechten abzutreten, wäre unecht. Nur macht das Können noch nicht die Kunst aus. Die Künstler der Rechten können alles malen: Sonnenauf- und -untergänge, Blumen, Menschen, Tiere, Berge, Schiffe, Wälder, Seen - alles, was das menschliche Auge von der Welt sehen kann.

Die Tradition ist heute innerlich unhaltbar. Diese Maler trägt keine Notwendigkeit mehr zur Kunst. Sie können nur noch malen... ganz gleich was... alles, weil sie nichts haben, das sie malen müssen, nicht, dessen Gestaltung ihnen Zwang und Schicksal wäre.

Landesverratsprozeß gegen den Genossen Mittwoch.

Gegen den Genossen Hans Mittwoch, Redakteur unseres Parteiblattes in Königsberg i. Pr., der bei der letzten Wahl zum Reichstagsabgeordneten gewählt wurde, schwebt ein Prozeß wegen verachteten Landesverrats. Er hat in dem Königsberger Parteiorgan ein angebliches Protokoll über eine Sitzung im Auslandigen Amt veröffentlicht. Später ist man zu der Annahme gelangt, daß es sich um eine Fälschung handle.

Genosse Mittwoch befindet sich seit etwa 8 Monaten in Untersuchungshaft. Heute soll gegen ihn vor dem Reichsgericht verhandelt werden. Sein Verteidiger, Genosse Kurt Rosenfeld-Berlin, hatte die Verlegung der Verhandlung beantragt, da er als Reichstagsabgeordneter an der Sitzung der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei teilnehmen müsse.

Die Sache ist umgekehrt wie der Reichsanwalt erklärte. Nicht die Verteidigung will den Prozeß verzögern, sondern der Oberreichsanwalt will das Verfahren beschleunigen, um dem Reichstagsabgeordneten das Anrecht zu nehmen, daß das Reichsgericht diesen Verurteilungen des Oberreichsanwalts Vorzug gewährt, indem es den neuen Termin schon auf morgen anberaumt.

Rückkehr zur Einsicht.

Wir hatten in unserer heutigen Morgennummer mitgeteilt, daß auf der Internationalen Seemannskonferenz in Genua der englische Seemannsführer Gabelod Wilson den Ausschluß des deutschen Delegierten beantragte, wenn er nicht öffentlich sein Bedauern über den U-Bootkrieg ausspreche und die Unterstützung zur Unterstützung der Opfer des U-Bootkrieges gebe.

Albert Thomas, der Leiter des Internationalen Arbeitssamts, beantragte darauf, daß die Konferenz Abstand nehme ein Urteil über die Verurteilung des U-Bootkrieges zu fällen, den Deutschland in seiner Not zur Verteidigung gegen die Blockade begonnen hat. Die Konferenz solle sich darauf beschränken, es als Forderung des Weltgewissens und insbesondere des Gewissens der Seelente aller Länder zu bezeichnen, daß den unschuldigen Opfern des U-Bootkrieges Entschädigung geleistet werde.

Lebensmittelunruhen in Osnabrück.

Osnabrück, 22. Juni.

Zu schweren Unruhen ist es im Laufe des Montags nachmittags, wahrscheinlich mit verursacht durch die Protestaktion gegen die hohen Lebensmittelpreise, gekommen. Die erregte Menge machte den Versuch, das Gefängnis zu stürmen. In der heutigen Nacht ist es zu erheblichen Kämpfen gekommen. Die ganze Nacht dauerte bis 2 Uhr morgens das Schießen an. Der Sicherheitspolizei gelang es bisher nicht, die Unruhen zu beenden.

zu werden, doch ist Militär vorläufig nicht eingeschritten. Die Unruhen dauern fort.

Deutschnationales Liebestwerben.

Die Entente und der deutsche Militarismus.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen scheint die Entente darauf zu bestehen, daß das deutsche Heer gemäß dem Friedensvertrag auf 100 000 Mann herabgesetzt wird. An einem starken Heer in Deutschland sind nun in erster Linie die rechtsstehenden Parteien interessiert, und es ist belangreich, wie diese jetzt um die Gunst der Entente buhlen, damit sie der alldeutschen Forderung nachzieht und Deutschland 200 000 Mann Soldaten läßt.

Daher ist in Deutschland die Ordnung gesichert wird, freigeblieben auch im Interesse der Entente, die andernfalls nicht darauf rechnen könnte, aus den Erträgen der deutschen Wirtschaft für sich Nutzen zu ziehen; die aber außerdem ernste Gefahren auch für sich selber heraufbeschwören würde, wenn sie eine Verabfolgung der deutschen Herrschaft erzwänge, die über kurz oder lang das innere Chaos in Deutschland herbeiführen müßte.

Bisher vernahmen wir aus der nationalistischen Presse immer, die wirtschaftlichen Forderungen des Friedensvertrages seien unerfüllbar, eine Schmach für die deutsche Regierung, die sich dazu herbeigelassen habe, derartige Forderungen anzuerkennen. Die nationalistischen Zeitungen wurden aufgepeitscht, der Widerstand gegen den Friedensvertrag wurde auf breiter Basis organisiert und der Entente ein baldiger Rückzug angedroht.

Dieses Liebestwerben um die Gunst der Entente ist für die nationalen Parteien nicht nur beschämend, es ist auch verlogen und gemein. Das alldeutsche Organ verweist zur Begründung seiner Forderung auf die Märzämpfe in Ruhrgebiet. Durch diese sei der Rückweis erbracht, daß ein starkes Heer, ausgestattet mit schwerer Geschütz und Fliegerwaffen, unbedingt erforderlich sei. Wer hat denn die Märzämpfe hervorgerufen? Niemand weiter als die Reichswehr, die für Kapp und Lüttich Partei ergriff, ihren Eid brach und die rechtmäßige Regierung aus Berlin verjagte.

meinem Bericht in der „Freien Sezession“ waren durch ein Versehen einige Namen ausgefallen, die ich in diesem Zusammenhang nachholen möchte. Franz Domscheit, Max Kraus, Gerhard Marks und William Legimayer sollten dort hervorgehoben werden.

Rückwärts wie fünf Jahre vom Auslande abgeschnitten waren, muß es uns ganz besonders interessieren, zu erfahren, was in diesen Jahren in den anderen Ländern geschaffen worden ist. Die Novembergruppe bringt neue Arbeiten aus Italien; der „Surm“ bringt Bilder der belgischen Maler in Tour Donnad, außerordentlich reizvolle, heitere Spielereien, in die man sich leicht verliert. Fritz Carlitz bringt Arbeiten des russischen Malers Alegei von Jawlenski aus den Jahren 1914 bis 1920.

Adolf Behne.

Kleines Schauspielhaus.

„Die Moral der Frau Dulka“ ist die Moral der bürgerlichen Gesellschaft. Ordnung nach vorn hinaus und dahinter Schmutz unter der Reichthumsglocke. Gott im Munde und den Profit im Herzen. Gebiete Japolska, die polnische Dichterin, hat dieses Thema in ihren großen sozialistischen Romanen mannigfach abgewandelt. In ihren Dramen, mit oftmals stark erotischem Einschlag, wird sie theatralischer und handwerklicher. So auch in der „Moral der Frau Dulka“, die gestern im Kleinen Schauspielhaus (Direktion Gysels-Blasel) in Szene ging.

Vollversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission.

Die Gewerkschaftskommission zur Erwerbslosenfrage. — Einigung mit den Betriebsrätezentralen?

Die Berliner Gewerkschaftskommission wählte in ihrer gestrigen Sitzung, die wir bereits in der Morgennummer gemeldet haben, den Genossen Sabatz vom Schneiderverband zu ihrem Vorsitzenden.

Auf Vorschlag Vollmershaus wurde als zweiter Punkt die

Erwerbslosenfrage

behandelt, da diese Frage durch die immer größer werdende Not der Erwerbslosen, die durch das starke Ansteigen der Arbeitslosenziffer gegeben ist, die größte Aufmerksamkeit der Gewerkschaften bediene. Es haben bereits Verhandlungen mit dem Ausschuss der Gewerkschaftskommission, den Erwerbslosenräten Deutschlands sowie den Vertretern der Betriebsräte und der Parteileitung der U. S. V. D. stattgefunden. Dazu erstattete Münchberg (Metallarbeiter) den Bericht, in dessen Verlauf er die in dieser Sitzung festgelegten Forderungen zur Annahme unterbreitete. Als Maßnahmen zur Hebung der Arbeitslosennot wird darin verlangt, daß die Zentralen der Betriebsräte und die Berliner Gewerkschaftskommission sofort gemeinsam Maßnahmen zur Erleichterung der Arbeitslosen erarbeiten sollen. In diesen Verhandlungen sollen Ausführungen über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in Deutschland und die Ursachen der Arbeitslosigkeit gegeben werden. Des weiteren sollen die Verhandlungen die Maßnahmen beraten, die zur Steigerung der Arbeitslosigkeit notwendig sind. Ganz besonders dringend sei die sofortige Beschaffung von Notstandarbeiten durch Staat und Kommune unter Kontrolle der Betriebsräte. Auch müsse auf gründliche Beseitigung von Doppellegierungen geachtet werden.

In der Diskussion wurde in ausgiebiger Weise von den Vertretern der einzelnen Organisationen die Dringlichkeit zur Erleichterung von Maßnahmen in der Erwerbslosenfrage betont. Es ging nicht an, daß die Behörden in gleicher Weise wie bisher ihre in der Reichsregierung festgelegten Verpflichtungen in so untergeordneter Weise vernachlässigten. Die Gewerkschaften müßten deshalb mit ihrem ganzen Einfluß sofort aktiv eingreifen. Die Gewerkschaftskommission stellte sich dann einmütig auf den Boden der oben skizzierten Forderungen und sollen noch in dieser Woche die notwendigen Verhandlungen eingeleitet und ebenfalls Vollversammlungen abgehalten werden.

Ueber die

Ausführungsverhandlungen mit den Betriebsrätezentralen

berichtete Vollmershaus. Da in der Frage der Erfassung der Betriebsräte grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Gewerkschaften und den Betriebsrätezentralen bestanden, war die Notwendigkeit im Interesse der Arbeiterbewegung gegeben, zu versuchen, zwischen den maßgebenden Körperschaften eine Einigung zu erzielen. Es haben deshalb mehrere Verhandlungen stattgefunden, die eine starke Annäherung in der grundsätzlichen Auffassung bewirkten. Es ist gemeinsam ein Entwurf ausgearbeitet worden, in dem gesagt wird, daß die Zusammenfassung aller Betriebsräte und Obleute (Arbeiter- und Angestelltenräte) auf der Grundlage der Industriegruppen erfolgen solle. Zur Erledigung von Berufs- und Bildungsfragen sollen die Gewerkschaften nach wie vor ihre Betriebsräte zusammenschließen. Die Zusammenfassung aller Betriebsräte erfolgt durch die Arbeiter- und Angestellten-gewerkschaften gemeinsam mit den Betriebsrätezentralen in 15 Industriegruppen. Zu diesem Zwecke soll ein provisorisches Sekretariat geschaffen werden.

Die in den Industriegruppen zusammengeführten Betriebsräte wählen die Delegierten zur Generalversammlung, und zwar soll auf je 1500 Beschäftigte ein Delegierter entsenden. Die Generalversammlung bestimmt die Mitglieder der Betriebsrätezentrale; es sollen die einzelnen Industriegruppen ihrer Stärke entsprechend je 3 bis 5 Vertreter entsenden. Die Zentrale wählt aus ihrer Mitte einen aus 15 Personen bestehenden geschäftsführenden Ausschuss, von welchem 3 als bezahlte Sekretäre von der Generalversammlung zur Beschäftigung der Arbeiter gewählt werden. Die Wahl der Vertreter der Betriebsrätezentrale wird nach der Grundförmigkeit der Betriebsräte vorgenommen, und können die Gewählten jeder Zeit abberufen werden. Als Hauptaufgabe stellt sich die Zentrale vorläufig die Aufstellung von wirtschaftlichen Richtlinien und Vorbereitung von wirtschaftspolitischen Aktionen, die sich aus den Aufgabenfeldern der Betriebsräte ergeben. Endgültige Entscheidungen darüber soll die Generalversammlung der Berliner Betriebsräte fassen.

Die Berliner Gewerkschaftskommission und die Betriebsrätezentrale sollen weiter ein provisorisches Zentralsekretariat für die Betriebsräte Deutschlands bis zum Einfinden des sofort zusammenzubereitenden ersten Betriebsrätekongresses von Deutschland errichten. Dieses hat in erster Linie die Aufgabe, sofort die Vorbereitungen zur Wahl eines Betriebsrätekongresses zu treffen.

Ueber die Frage der Finanzierung der Zentralen der Betriebsrätezentrale konnte eine Einigung noch nicht erzielt werden. Der Vorschlag der Berliner Gewerkschaftskommission will die Kosten durch Umlageverfahren von den Gewerkschaften erheben, und zwar sollen diese pro Mitglied und Jahr eine Markl entrichten. Die Zentrale der Betriebsräte Münchens, will dagegen besondere sogenannte Marktarbeit durch die Betriebsrätezentrale ausgeben, und zwar soll jeder Arbeiter und Angestellte fünfzig Pfennig pro Quartal für die Betriebsrätezentrale entrichten. Die Generalversammlung hätte dann über die Verwendung der Mittel zu entscheiden.

Zum Schluß seiner Ausführungen betonte Vollmershaus, daß die Forderung berechtigt sei, daß man auf dieser Grundlage zu einer Einigung kommen könnte.

Nach Müller, als Vertreter der Betriebsrätezentrale, München, legte in eingehender Weise die grundsätzliche Stellung der Betriebsrätezentrale Münchens dar. Die Aufgaben der Betriebsräte gingen über den engen gewerkschaftlichen Rahmen hinaus, und es sei unmöglich, daß die Betriebsräte die ihnen gestellten Aufgaben erfüllen könnten, wenn sie unter die Fittiche der Arbeitsgemeinschaften genommen werden.

Prolet, als Vertreter der Betriebsräte der U. S. V. D. erklärte sich im allgemeinen mit dem Entwurf des Ausschusses der Gewerkschaftskommission einverstanden. Koppel von der U. S. V. D. erklärte es nicht für angebracht, daß die Betriebsräte eine besondere Organisation geschaffen werden solle, da die Gewerkschaften in der Lage wären, die den Betriebsräten gestellten Aufgaben mit diesen allein zu erfüllen.

Wegen der vorgerückten Zeit nahen die Gewerkschaftskommission von einer Diskussion Abstand, und wurden die Verhandlungen vertagt. In einer bald einzuberufenden Vollversammlung soll die Betriebsrätefrage ihre endgültige Erledigung finden.

Der Waffen und Munition aus der Hand der Arbeiter dem Volkswirtschafts Vorstoß und liefert Frau und Kind, Haus und Hof dem Untergang aus. Niemand kann zur Waffensabgabe gezwungen, die Waffe nur dann dem Volkswirtschafts nicht abgeben. Rüstliche Handwerker behaltet eure Waffen!

Welterhin werden die Waffnen aufgeföhrt, keine Kartoffeln an „Kampfer“ mehr abzugeben, da die instabilsten Elemente sich für den neuen Generalstreik mit Lebensmitteln eindecken wollen. Auch zum läublichen Bieserpreis wird aufgehört. Die Ungerechtigkeit, mit der sich hier die Gegenrevolution dreht, zeigt, wie sicher sie sich unter der kapitalistischen demokratischen Koalitionregierung föhrt.

10. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Fünfter Verhandlungstag.

Nach Eröffnung der Verhandlung durch den Vorsitzenden Seih überbringt Schlumpf - Bern die Grüße der Schmeiger Kollegen und weist u. a. darauf hin, daß die Gründe der Frauen ihre Ablehnung einer Teilnahme an den Kongress falsch verstanden worden seien.

Hierauf erhält Wötcher-Beipzig als Vertreter der Opposition das Schlußwort und führt aus: Wenn er sich die von der Mehrheit gegen die Opposition vorgebrachten Argumente bestreite, müßte er sagen, daß sie recht schwach seien. Auf Grund ihrer gahnenmäßigen Heberlegenheit mache sich die Mehrheit ihre Arbeit sehr leicht und erspare sich geistige Anstrengung. Durch den Druck der Massen seien die Gewerkschaften zur Anerkennung der Betriebsräte gezwungen worden. Sie würden auch gegen ihren Willen zur Umwälzung der Gewerkschaften selbst getrieben. Von einem prominenten Vertreter der Gewerkschaftsbundes, wie Brahma es sei, habe er erwartet, daß er sich nicht mit den abgehandenen Blättern der bürgerlichen Presse gegen die Sozialisierung wendete. Wenn man als Anhänger des Gewerkschaftsbundes selbst auftreten müßte, daß man in diesen Einrichtungen ständig hintergangen werde, dann habe man auch die Verpflichtung, die Konsequenzen zu ziehen und anzutreten. Um zur Sozialisierung zu kommen, müsse man an die Arbeiter appellieren und den Kampf um die Produktionsmittel aufnehmen. Das könne nur geschehen mit dem Vertrauen der Massen. (Beif. Beifall bei der Opposition.)

Als Vertreter des Verbandesverbandes wendet sich Jälle Berlin in seinem Schlußwort noch einmal ausführlich gegen die Vorlesungen Wötchers. Wötcher weist auf die bestehenden Gegensätze in der Arbeiterfrage hin und führt aus, daß ein praktischer Mittelweg gefunden werden müsse. Das sei zunächst einmal geschehen durch die Einsetzung der Kommission. In längeren Darlegungen wendet sich der Redner unter strengem Widerspruch und öfters Unstimmigkeiten gegen die Ausführungen Wötchers und schließt seine Ausführungen unter demonstrativem Beifall der Mehrheit.

Damit ist die Aussprache über die Referate Jälle und Wötcher beendet. Es folgen eine große Anzahl persönlicher Bemerkungen.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gestellten Anträge werden einer Kommission überwiesen, die nach ihrem Berichterstattung im Plenum ihre Vorschläge unterbreiten wird.

Glaser - Berlin (Verbandsvorstand) berichtet über die gestellten Anträge zum Schluß.

Die Anträge zum Umlageverfahren werden einer Kommission überwiesen. Die Vorlage des Verbandesverbandes zum Umlageverfahren wird gegen die Stimmen der Opposition zur Grundlage für die Kommissionsverhandlungen genommen.

In der Nachmittagssitzung steht die Schaffung einer Lehrlingsordnung zur Verhandlung. Seih - Berlin berichtet über die hierüber im Verbandesverband gepflogenen Verhandlungen. Zu dem vorgelegten Entwurf eines Statuts für eine Lehrlingsabteilung liegen eine Anzahl Abänderungsanträge vor. Dreher - Leipzig (Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker) berichtet eingehend über die Vorlage des Verbandesverbandes zur Schaffung einer Lehrlingsabteilung und über die von der vom Tarifschutz eingeleiteten Lehrlingskommission aufgestellten Lehrlingsordnung für das deutsche Buchdruckgewerbe.

In der Diskussion wendet sich Wötcher - Leipzig grundsätzlich gegen die Gründung einer gewerkschaftlichen Lehrlingsabteilung und legt folgenden Antrag vor:

Der Verband der Deutschen Buchdrucker ist grundsätzlich bereit, die Lehrlinge in die Organisation aufzunehmen. Die Generalversammlung lehnt jedoch eine Zusammenfassung der Lehrlingen in einer besonderen Lehrlingsabteilung ab. Sie betrachtet die von der Jugend selbst geschaffene und geleitete proletarische Jugendbewegung als die richtige Organisation aller Jugendlichen.

Es kommen noch eine Anzahl Redner zum Wort, die teils für, teils gegen die Lehrlingsabteilung sprechen. Von der Opposition erklären sich grundsätzlich gegen die besondere Lehrlingsabteilung Poschmann - Berlin und Gabsch - Berlin.

Sechster Verhandlungstag.

Für die Beratung der Statuten der Lehrlingsabteilung und der Lehrlingsordnung wird, nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen wurde, eine Kommission eingesetzt.

Oberg - Berlin (Verbandsvorstand) berichtet unter Punkt 6 der Tagesordnung über die Spartenanträge. Zur Begründung der Spartenanträge spricht im Auftrage sämtlicher Zentralkommissionen Bierath - Berlin.

Von der Opposition ist zur Spartenfrage folgender Antrag Kotte eingegangen:

„Eine Abstrufung der Löhne, hauptsächlich in heutiger Zeit, führt zur Zerstörung des Selbstbewußtseins der Arbeiterschaft. Sparten, deren Arbeitsweise besonders ungesund oder durch erhöhte körperliche Leistungen h.m. erhöhte geistige Konzentration außerordentlich aufreibend ist, sind durch Verkürzung der Arbeitszeit zu entschädigen. Die Kraft der Organisation ist nur einzusetzen zur Verbesserung der Lebenshaltung aller Organisationsmitglieder.“

Nach Beendigung dieser Debatte, in der einige Redner besonders Aufhebung des Kölner Beschlusses, der die Bildung einer Scheerspartie verbietet, fordern, wird in die Besprechung über die Lage auf dem Tarifgebiet eingetreten. Da eine grundsätzliche Aussprache über die Tarifgemeinschaft vorausgegangen ist, werden im wesentlichen praktische Fragen zur Verhandlung stehen. Die Entscheidungen erfolgen in geschlossener Sitzung.

Gewerkschaftliches.

Waltung, Tüßler. In der in Nr. 223 der „Freiheit“ unter vorstehender Ueberschrift gebrachten Sperrnotiz des Köpferverbandes sendet uns Herr Eugen Krüger mit Bezug auf 11 des Preßgesetzes eine Verhöhnung. Er erbietet sich, durch Zeugen nachzuweisen, daß schon vor 3-4 Monaten bei den in Frage stehenden Arbeiten über 7 St. pro Stunde bequamt verdient und bezahlt wurden. Ferner sei der Akkordlohn bei höherem Stundenlohn (8,40 M.) entsprechend gesteigert. Der Köpferverband bemerkt dazu, daß die Firma Krüger deshalb gesperrt sei, weil die Vergütung nicht den tariflichen Bedingungen entspricht, da der tarifliche Akkordlohn nicht gezahlt wurde. Im übrigen habe Herr Krüger schon vor Monaten jede Verhandlung mit den Organisationsvertretern abgelehnt. Die Sperrung ist deshalb seinem Verhalten selbst zuzuschreiben.

Bayrische Dankeschuld.

Ludendorffs Bureau in München.

Die reaktionäre Regierung Bayerns hat bekanntlich eine Protestbewegung gegen die Auflösung der Einwohnerwehren eingeleitet. In der Überzeugung, daß bei einer Auflösung der süddeutschen Landestheile vom Deutschen Reich die Entente höchstwahrscheinlich bereit sein werde, diesen gesplitterten Ländern die für sie ungeschätzliche Aufrechterhaltung der Einwohnerwehren zu gestatten, hat man eine direkte Hebe begonnen, nach der allein die perussische Hochgebiltheit und die Rücksichtslosigkeit der demokratisch versuchten Reichsregierung die Schuld an der Auflösung der Einwohnerwehren trägt. Die deutsche Regierung hat sich damals schweigend und dem Verlangen der bayerischen Landesregierung nach Nichtauflösung der Einwohnerwehren gefügt. In Bayern ist infolgedessen eine groß angelegte und mit reichen Mitteln verfolgte Bewegung entstanden, die die Erhaltung der Einwohnerwehren in irgendeiner veränderten Form und unter einem anderen Namen anstrebt. Die Einwohnerwehren sollen danach als private Organisationen in Vereinsform unter freierhalten werden, sollen aber sorgfältig organisiert und zentralisiert bleiben und einen weiteren Ausbau erfahren. Zur Leitung dieser Bewegung ist der Landeshauptmann Escherich bestimmt, den schon Herr Ludendorff in seinem Bemühen als besonders verdienstvollen und energiegelassen Mann rühmt. Herr Landeshauptmann Escherich hat nun dieser Tage in Berlin gewirkt und hat in höchst verdächtiger Weise mit gewissen Behörden Pählung genommen. Die Grundlage dieser Verhandlungen ist etwa die gewesen, daß Bayern gegenüber Preußen eine gewisse Dankeschuld abzutragen habe für die Säuberungsdaktion, die damals von Preußen her in den Tagen der Münchener Materrepublik in hilfloser Weise Bayern geleistet worden ist. Das Wissen des Herrn Escherich sowohl in Bayern wie auch in Berlin ist den preussischen wie auch den Reichsregierungen bekannt. Sie haben aber bisher nichts getan, um gegen diese öffentlichen reaktionären Vorbestimmungen einzuschreiten. Es ist interessant im Zusammenhang mit diesen Dingen festzustellen, daß der General Ludendorff in München ein Bureau unterhält lediglich zum Zweck der Pählungnahme mit den militärischen Kreisen in Budapest. Die Beziehungen Ludendorffs zu den Helfern des weißen Terrors in Ungarn sind die allerengsten und haben ihre technische Kenntnisse in jenem Bureau in München. All dieses Treiben geschieht unter den Augen der reaktionären Bayerischen Regierung, der sowohl der frühere Kaiserthum Ludendorff, Kötterich und Bauer in München bekannt war, die aber nicht nur nichts gegen diese unternommen hat, sondern rechtzeitig dafür Sorge getragen hat, daß sie sich aus München in Sicherheit bringen konnten.

Das gleiche Recht für alle.

Gegenüber dem Preisdruck an den Marburger Studenten ist es berechtigt, auf das Urteil gegen die Münchener Studenten hinzuweisen, die sich während der Mäzzeit der Teilnahme an einem revolutionären Hochschultat schuldig gemacht

haben. Es lautete auf 1 1/2 Jahre Festungshaft für jeden Angeklagten.

Wjo: Für eine rein ideell-kulturelle Tat 1 1/2 Jahre Festungshaft für einen bestialischen Mord den Preispruch! Wonach sich nun jeder selbst ausrechnen kann, was heutzutage in der Republik Deutschland profitlicher ist: Nichtsozialistischer Mörder oder sozialistischer Nichtmörder zu sein.

Die Bewaffnung der Gegentevolution.

Die Bewaffnung der Reaktionäre nimmt ihren Fortgang. In den meisten Fällen vollzieht sie sich durch die guten Verbindungen der Putschisten und die schändliche Haltung der Behörden, die oft auf eine stille Duldung hinausläuft, programmäßig. Nur selten wird durch einen Zufall der Schleier von diesen Geheimnissen gelüftet. Der Freischafter für den Landkreis Wuden bringt über eine solche mißlungene Aktion folgende interessante Angaben:

In Neu-Belle kreuzerten seit einiger Zeit Gerüchte über eine heimliche Bewaffnung. Am Abend in diese Angelegenheit zu bringen, wurde eine öffentliche Versammlung einberufen, in der bekanntgegeben wurde, daß die Verschwörer schon zwei Zusammenkünfte abgehalten hätten, in denen alle Beteiligten ehrenwörtlich Stillzuschweigen geloben mußten. Ein Herr Jhmer jun., der Leiter dieser Bewaffnungsdaktion, gab zu, daß Waffen auf seinem Hof abgedeckt worden wären, daß diese aber nur für den Ort- und Flurschutz bestimmt gewesen wären. Ein Teil der Waffen war schon ausgegeben worden, zum Teil sogar an Seminaristen. In der Versammlung wurde eine Kommission gewählt, die beim Landrat in Wuden vorstellig werden sollte, um die Abgabe dieser Waffen zu erreichen. Dort erhielt sie jedoch die lakonische Versicherung, daß schon Schritte in dieser Hinsicht getan seien. Da von diesen Schritten jedoch nichts zu hören war, forderte die Kommission nach ihrer Rückkehr Herrn Jhmer auf, die Waffen abzugeben, wozu sich dieser zwei Stunden Bedenkzeit ausbat. Nach Verlauf von zwei Tagen waren glücklich 11 Gewehre ohne Munition abgegeben. Der Rest war inzwischen nach einem Ort verschoben worden. Eine Deputation, die bei Herrn Jhmer erschien und Auffklärung forderte, wurde mit einem Gewehr bedroht.

Wie später bekannt wurde, war an dieser Bewaffnungsdaktion auch ein Generalleutnant führend beteiligt. Der Bericht meldet noch, daß von Verhaftungen wegen der damit verbundenen Gefahr Abstand genommen worden sei, und man verfuhr habe, die Angelegenheit im geheim zu regeln. Kürzlich wurde ein Arbeiter im Aufreder wegen Anlage eines Waffenschatzes zu zehn Jahren Buchhaus verurteilt. Bei den Deutschnationalen nimmt man von Verhaftungen wegen der damit verbundenen Gefahr Abstand. Kommentar überflüssig.

Die Bewaffnung der Bauern.

Das Organ des Brandenburgischen Landbundes, einer dem pommerischen Landbund nachgebildeten agrarisch-funktionarischen Organisation, enthält folgende Aufforderungen zur Bewaffnung:

Groß-Berlin.

Umgestaltung des Rettungswesens.

Im Berliner Rathaus fand am Montag eine vom Verband des Groß-Berliner Rettungswesens einberufene Versammlung der Berliner Vereine und der Bezirksvereine statt, an der auch Vertreter der Generalkommission teilnahmen, um über die Umgestaltung des Rettungswesens im kommenden Groß-Berlin zu beraten.

Der Referent, Direktor Dr. Frank, führte aus, daß eine einheitliche Gestaltung und Verwaltung des Rettungswesens und Krankentransports unbedingt erforderlich sei. Die bisherigen Einrichtungen hätten sich zwar bewährt, aber die Kosten seien so gestiegen, daß versucht werden müsse, durch Anschließung der Rettungseinrichtungen an Krankenhäuser, durch Heranziehung der Feuerwehren zu dem ihren Aufgaben naheliegenden Anfalltransportdienst sowie durch Angliederung kommunalhygienischer Aufgaben an das Rettungswesen — wie Kommunaltrafantenversorgung, Impfsachen usw. — Ersparnisse zu erzielen. In der Aussprache wurden Bedenken geäußert, ob durch die vorgeschlagenen Maßnahmen überhaupt Ersparnisse erzielt werden können. Um schon jetzt alle vorbereitenden Schritte für die Umgestaltung des Rettungswesens für die Stadtgemeinde Berlin treffen zu können, schlug man sich zum Schluß dahin, daß an den Beratungen des Rettungswesensverbandes Groß-Berlin auch die Vertreter derjenigen Gemeinden teilnehmen sollten, die innerhalb ihres Bezirkes bereits ähnliche Einrichtungen besitzen, bisher aber dem Verbande nicht angehörien.

Uns scheint das Berliner Rettungswesen einer Reorganisation ebenfalls bedürftig, die allerdings nicht auf Kosten der Schnelligkeit der Hilfeleistungen vorgenommen werden dürfte. Die Frage, wie sich unser Rettungswesen nur so lösen, daß, solange das Gesundheitswesen nicht sozialisiert ist, unter Beteiligung der Krankenkassen ein Tag und Nacht funktionierendes ärztliches Hilfswesen eingerichtet wird, wozu auch die Gesundheitsämter zu rechnen ist. Jetzt kommen sehr häufig Fälle vor — besonders wenn es sich um unbemittelte Personen oder Rassenmitglieder handelt —, wo die Hilfegebenden des Nachts von den Ärzten abgewiesen werden. Ferner stellt sich der Rettungsdienst auch für den Hilfesuchenden jetzt zu teuer, denn man wird zugeben müssen, daß z. B. für einen Rotterband, den sich jemand, der sich eine Schütt-

wunde an der Hand zugezogen hat, ein Honorar von 60 M., das eine Rettungsschleife abzurufen, doch etwas sehr hoch ist.

Es ist deshalb zu erwarten, daß in der einberufenen Konferenz, an der möglichst viel Interessenten und Sachverständige teilnehmen sollten, die Vorschläge reiflich geprüft werden, damit auch das Rettungswesen im neuen Groß-Berlin zu einem muster-gültigen gestaltet wird.

Die Schülerprüfung wird mit Beginn der großen Ferien allgemein einseitig, um nach Ablauf derselben gemäß Verteilung der Quoten in etwas geringerer Umfang wieder aufgenommen zu werden. Es besteht jedoch die Wahrscheinlichkeit, daß die Prüfung nach auf einen längeren Zeitraum, evtl. ins nächste Jahr hinein ausgedehnt wird. In der Vorlesung ist ein Schülerleiter seitens des Magistrats bereits Anweisung ergangen, in enger Zusammenarbeit mit den Schülern und Schullehrern eine Auswahl der in Betracht kommenden Kinder vorzunehmen. Zur Vermeidung einer weiteren Erhöhung des Interesses wird die Prüfung voraussichtlich in die Nachmittagsstunden verlegt werden.

Der Bäckermeister Reinhold Bensch, Brunnenstraße 9, ist wegen unzureichender Betriebsführung auf die Dauer von 3 Monaten von der Wehrzulassung ausgeschlossen worden.

Advent. Anmeldungen der Kinder für die Herbstjugendweihen müssen sofort in der „Freiheit“ (redaktion, Bahnhofstr. 8, oder am Mittwoch nachmittags in den Schulstunden in der 2. Gemeindefunktion, Köpenickerstr., erfolgen.

Aus Liebesgram haben sich gestern in einem Privatstübchen in der Hedemannstraße der 28 Jahre alte Postbote Walter Ludwig aus der Birkenstraße 66 und ein Dienstmädchen, Hanna Sallant, die in der Kochstraße in Stellung war, mit Leuchtgas vergiftet.

Selbstmord oder Verbrechen? Auf der Chaussee nach Schönhaide fand man gestern nachmittags einen Mann mit einer Schuttwunde bewußtlos auf. Er hatte einen Stab durch die Stirn und wurde nach dem Krankenhaus in Potsdam gebracht, wo er bald nach der Aufnahme starb. Bei dem Toden wurden keine Papiere gefunden. Es handelt sich um einen etwa 33 Jahre alten, 1,68 Meter großen Mann mit dunkelblondem Schnurrbart, der bekleidet war mit einem blauen Anzug und schwarzen Schuhen. Bisher konnte noch nicht festgestellt werden, ob der Unbekannte Selbstmord verübt hat, oder das Opfer eines Verbrechens geworden ist.

Eine Gasvergiftung wird aus der Holzmarktstraße gemeldet. In der Pfleimerstraße des südlichen Strophenreinigungs-Depots wurde gestern abend der 19 Jahre alte Straßenreinerger Willi Goldberg aus der Grauburger Straße 11 tot aufgefunden. Ob ein Unglück oder Selbstmord vorliegt, weiß man noch nicht.

Verordnungsamtliches Wetter für Berlin und Umgegend am Mittwoch. Langsam aufhellend, am Tage etwas wärmer bei mäßigen nordwestlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Aus der Organisation.

3. Bezirk, 4. Abt. Mittwoch 7 Uhr Sitzung der Bezirkskommission und sämtlicher Kommissionsmitglieder bei Kessler, Diefenbachstr. 54.

7. Bezirk, 8. Abteilung, Mittwoch 7 Uhr Abteilungsversammlung bei Krummholz, Waisenstr. 11. Tagesordnung: Warum konnte unsere Partei nicht in die Koalitionsregierung eintreten? Wahl eines Abteilungsleiters.

9. Bezirk. Die angehängten Abteilungsversammlungen für Mittwoch abend fallen aus. Die notwendigen Organisationsarbeiten werden in der am Freitag, den 25. Juni, abends 7 Uhr stattfindenden Bezirksversammlung erledigt. Diese findet in der Schulstraße des Systems, Großschloß Str. 23, statt. Die Tagesordnung lautet: Die 3. Internationale und die U. S. A. D. Wahl der Delegierten für die Verbandsgeneralkonferenz.

12. Bezirk, 4. Abteilung, Freitag 7 Uhr bei Bahnhofs, Garmen-Schlösschen-Strasse.

16. Bezirk. Der weitere Vortrag des Genossen Rauch findet Donnerstag, den 24. d. M., 7 Uhr, in der Aula der Gemeindefunktion, Zögeler Straße 18, statt.

Oberhavelnieder. Heute abend 8 Uhr Vorstandssitzung bei Amberg. — Mittwoch 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in der Amberg-Strasse. Thema: Die politische Lage.

Rieser-Schönhausen. Mittwoch 1/2 Uhr im „Wilhelmshof“, Köpenicker-Strasse 64, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: U. S. A. und die Sozialistische Bewegung. Die Berichte, Bezirksführer und Vorstand treffen sich dort um 7 Uhr. Ohne Mitgliedsbuch und Buch nicht als drei Monate Rückstand kein Eintritt.

Rathow. Frauenverband Donnerstag 7 1/2 Uhr: Jugendheim, Gollinerstr. 32.

Röpenick. Dienstag 8 Uhr bei Gentschel, Friedländerstr. 7, allgemeine Funktionärsitzung. — Mittwoch 8 Uhr bei Zeltner, Extrazug abend der Köpenicker.

Reinickendorf. Bildungskommission. Freitag 8 Uhr Sitzung im Volkshaus: Stellungnahme zum Sommerfest.

Sektion Potsdam und Telegraf. Mittwoch 7 Uhr in der Arbeiterbildungsschule, Köpenickerstr. 66, Bildungs- und Rednerkursus.

Vereinskalender.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Sektion I, Bekleidungs-Industrie. Donnerstag 5 Uhr Gruppenversammlung der Handarbeitsarbeiter und Arbeiterinnen der Gruppe II aus allen Bezirken der Herren-, Knaben-, Frauenkonfektion, Gummiartikel, Phantasiewerke usw. bei Wille, Poststr. 29.

Verantwortlich für die Redaktion: Leo Liebschütz, Friedenau. Verantwortlich für den Inhalt: Ludwig Kommerling, Köpenicker-Strasse 99, Wilhelmstr. 200. Sprachsachenamt täglich zwischen 2-4.

An unsere Gewerkschafts- und Parteigenossen!

Die Druckerei der „Freiheit“, G. m. b. H., Breite Straße 8-9, ist in vollem Betriebe.

Für geschmackvolle und sorgfältige Ausführung werden wir Sorge tragen: Kostenschätzungen usw. stehen jederzeit zur Verfügung.

Die Geschäftsleitung.

Den Gewerkschaften u. anderen Organisationen ist jetzt Gelegenheit geboten, uns durch Erteilung von Druckaufträgen zu unterstützen.

Fritz Wappler
Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, von dem am 19. Juni erfolglichen Ableben unseres verehrten Kollegen, des Gewerkschaftsangehörigen Fritz Wappler zu geben.
Kenntnis zu geben.
Wir betrauern in dem Dahingegangenen einen unserer ältesten, verdientesten Mitarbeiter und Kollegen, der sowohl wegen seines lebenswichtigen Charakters, als auch wegen seiner verbindlichen Pflichterfüllung unser volles Vertrauen genoss.
Wir werden das Andenken des Entschlafenen immer in Ehren halten.
Berlin SO, Gewerkschaftshaus, 4. 21. Juni 1920.

Die Angestellten des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes der Bez.-Verw. Gr. Berlin.
Die Bezirksverwaltung des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.
Die Einzahlung findet am Donnerstag, den 24. Juni, nachm. 7 1/2 Uhr, im Krematorium Treptow-Banowstraße, Köpenickerstr., statt.

Für die Arbeiter-Zeitung Bremerhaven
wird zum sofortigen Antritt ein politisch durchgebildeter Lokalredakteur gesucht, der vollkommen selbständig arbeiten muß. M.S.-Blatt, sowie in ein demokratisches und deutschsozialistisches Blatt am Orte. Bewerbungen mit einer kurzen Schilderung der politischen Lage und Ortskenntnis bis spätestens zum Sonnabend, den 26. Juni an H. Kruse, Bremerhaven, Langstraße 89, erbitten.

ARBEIT
Irgendwelcher Art
wünscht verheirateter Parteigenosse (Schlusspieler, Sänger und Schreier) in allen kaufmännischen Büroarbeiten perfekt. Angebote unter „M. 27“, Box 4 Freiheit, Berlin NW, Schiffbauerdamm 19, erb.

Prozesse,
Alexanderstr. 45, Friedrichstr. 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

BOTENFRAU
Tour Chausseestraße-Oranienburger Tor-
Wallstraße stellt sofort ein
Spedition Johannistr. 9

Färberel Gegr. 1891
Theodor Meesters, Lichtberg, Ostelstraße 34, Köpenickerstr. 73.

Die Neuköllner Metall-Haus-Zentrale
Kottbuser Damm 66, am Hermannplatz
kauft sämtliche Altmetalle zu den höchsten Tagespreisen.
Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht
kauft höchstzahlend
Ingenieurbüro Schlichting,
Berlin W 9, Linienstraße 10, Tel.: Lützow 3705 und 3816.

Spiralbohrer kauft Schlosserei Charlottenburg Kaiser-Friedrich-Straße 7.

Spiralbohrer Schmirzelleisen, zur neue, kauft Müller, Neue Königstr. 38 (Alexanderplatz).

Unentbehrlich
als Nachschlagewerk über die politischen Vorgänge im neuen Deutschland!
„Freiheit“
Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands.
Für Redaktionen, Partei- und Gewerkschaftsarchive, Bibliotheken, Lesesäle usw. unentbehrlich.
Wir haben noch eine beschränkte Anzahl gesammelter Nummern der „Freiheit“ seit ihrem ersten Erscheinen zu vergeben, machen jedoch darauf aufmerksam, daß dieses Angebot nur bis zum 13. Juli 1920 Gültigkeit hat, da der Vorrat bald vergriffen sein dürfte. Der Preis für die gesammelten Nummern, vom Erscheinungstage, dem 15. November 1914, bis zum 31. März 1920, beträgt Mk. 58.50 zuzüglich Porto.
In Quartalsbänden gebunden A Band Mk. 48.00, also alle 6 Bände zus. Mk. 288.00.
Verlag der „Freiheit“, Berlin Schiffbauerdamm 1921.

Botenfrau
verlangt Gerhard, Karlshorst, Augusta-Viktor-Str. 55 III.

Botenfrauen
stellt sofort ein
Spedition Lorenz Charlottenburg Wallstr. 69

Verkäufe
Annahme in allen Expeditionen des Verlages
Das Ueberschriftswort 2.— M., jedes weitere Wort im Text 1.50 M. netto; Stellengesuche: Ueberschriftswort 1.50 M., jedes weitere Wort im Text 1.— M.
Geschäftsstelle: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19

KLEINE ANZEIGEN
Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, lackiert, isoliert, roh, jetzt von 450 M. ab. Röhrenauswahl, Küchenmöbel-fabrik (timmer), Löttinger Straße 27 (Schönhagenstr. Tor).

Verkäufe
Ger-Innenverkauf Deutsch, Lauburger Straße 13.
Achtung! Haupttasche ist nicht nur billig, sondern auch gut anzusetzen. Kommen Sie über die vorteilhaftesten Angebote, die ich ab heute in nur garantiert reiner Friedentware offeriere. Schlagschneidern, Künstlergeräten, Metallgeräten, Madragardinen, Portieren, Halbtüren, Langstapfen, Stempeldecken, Daunendecken, Tischdecken, Divandecken, Tischdecken, Dekorationsgeräten, fernere: deutsche Teppiche (Persermeister), Brücken, Leuchtmittel, Felle, sowie komplette Wäschensammlungen. Sämtliche Waren sind in verschiedenen Mustern und Qualitäten zu haben. Für Wiederverkäufer besondere Abteilung. Fried's Ausstattungshaus, Prinzenstraße vierundzwanzig, zwei Treppen, am Moritzplatz. Kriegsanleihe nehme in Zahlung.

Kaufgesuche
Kleppsporthosen mit Verdeck kauft Salomon, Kautschukstraße 6.
Zahngebisse, Zahn, Oberbruch und Silberbruch, Edelsteine, Schmucksachen kauft Edelmetallschmelzer, Blumenstraße 88.
Kupferdraht, Silberdraht, sämtliche Installations-Artikel kauft und verkauft Merker, Schönhauser Allee 28.
Leim, Schellack, Öle, Anisöl, Harze, auch kleine Posten kauft Winkler, Oranienburger Straße 12.
Firnöl, Leim, Schellack, Terpentin, Lacke kauft Kischinat, Seumestr. 15 (am Wismarplatz).
Leim, Schellack, Firnöl, Lacke, Bleiwass, Terpentin kauft jeden Posten zu den höchsten Preisen, Handlung chem. Produkte, Wilhelm-Scholz-Strasse 28 (Kast. 7317).

Möbel
Chaiselounges, 200,00 bis 100,00, Patentmatratzen, Aufbettmatratzen 175,00, Tapeteleger Walter, Stargarder Straße 19.
Goldschmiedekunst, Kleiderpolier, Vertikals, Trumras, auch Bettstellen, moderne Küchen, Solas, Rubelstein, Schreinerische und ganze Wirtschäften verkauft preiswert Goldmann, Dänziger Str. 59.

Werkzeuge und Maschinen
Höchstpreise für Spiralbohrer kauft Schley, Neudamm, Prinz-Handler-Str. 44/45.
Spiralbohrer, neue, kauft jeden Posten, Werkzeughandlung, Reinickendorfer Straße 68.
Spiralbohrer kauft Wille, Weissenhof, Parkstr. 19.
Spiralbohrer Schmirzelleisen, Kullager, kauft zu höchsten Preisen Hiltner, Pankow, Steegerstr. 3, am H.

Werkzeuge und Maschinen
Höchstpreise für Spiralbohrer, Schmirzelleisen, neu, kauft Schmidt, Köpenicker Straße 90 b, Stadtbahn, Jannowitzbrücke.
Spiralbohrer, Schmirzelleisen, neu, kauft Zeuner, Neustädterstr. 44, v. IV.

Werkzeuge und Maschinen
Höchstpreise für Spiralbohrer, Schmirzelleisen, neu, kauft Zeuner, Neustädterstr. 44, v. IV.

Fahrräder
Fahrradgenosse billiger! Riesenposten, Schlämmer-Weinmeister-Strasse 12.

Arbeitsmarkt
Stellen-Gesuche:
Beschäftigung als Bürohilfsarbeiter oder dergleichen sucht intelligent, ruhiger und gewerkschaftlich organisierter Metallarbeiter, 43 Jahre, durch lange Arbeitslosigkeit und Krankheit in Notlage geraten. Volkshaus zuzuziehen. Boller Schreiber und Schneider, W 77, Postexpedition Reichstr. 101.

Anstellungen
Hohen-neuendorf, Lehmparzellen, 3000 Mark, kleine Anzahlung, 10000, Stauff, Treitschstraße.